



Niederschrift

Nr. VII/7

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing am Donnerstag, den 15.03.2007, 10:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Essen, Ribbeckstr. 15, Raum 1.21

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzender

Herr Volker Mosblech

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Bernd Flügel, Herr Frank Gensler, Herr Kai Kaltwasser, Herr Manfred Läckes, Frau Rosemarie Liedschulte, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, Herr Helmut Rattenhuber, Herr Dr. Johannes Slawig

SPD ordentliche Mitglieder

Herr Lothar Beine, Herr Volker Dittgen, Herr Heinz-Dieter Dreier, Herr Jürgen Fritz, Herr Peter Klunk, Herr Klaus Meyer, Herr Dirk Vogt, Herr Hans-Joachim Westerwick

B90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Herr Jörg Drinnhausen, Herr Mario Herrmann

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Frank Heidenreich, Herr Hans-Peter Huch, Herr Udo Kamperdick, Herr Bernhard Simon

SPD stellvertretende Mitglieder

Herr Heinrich Ollech

Vorstand VRR AöR

Herr Martin Husmann, Herr Dr. Klaus Vorgang

Verwaltung

Frau Gabriele Rating, Frau Andrea Wirth

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Herr Thomas Schäfer

Tagesordnung**Drucksache-Nr.:**

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 1. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing vom 24.11.2006 | |
| 2. | Sachstandsbericht des VRR | Z/VII/2007/0091 |
| 3. | Preisanpassung zum 01. August 2007 | M/VII/2007/0092 |
| 4. | Tarifangelegenheiten | M/VII/2007/0093 |
| 5. | Anfragen und Mitteilungen | |

Herr Mosblech eröffnet um 10.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Tarif- und Marketing der VRR AöR fest.

Der Ausschuss für Tarif- und Marketing der VRR AöR erklärt sich mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden. Die Tagesordnung wird nicht ergänzt.

Herr Dr. Vorgang weist auf die Tischvorlage zum TOP 3: Preisanpassung zum 01. August 2007; hier: NRW-Tarif hin.

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing vom 24.11.2006

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR genehmigt einstimmig und ohne Ergänzung die Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing vom 24.11.2006.

**2. Sachstandsbericht des VRR
Vorlage: Z/VII/2007/0091**

Dr. Vorgang berichtet, dass die Einnahmen- und Fahrtenentwicklung auch im Jahre 2006 positiv im Vergleich zum Vorjahr 2005 verlaufen sei. So ist bei den Fahrten insgesamt unter Berücksichtigung des WM-Effekts eine Steigerung von 1,8 % (+ 4 Millionen Fahrten) und bei den Einnahmen insgesamt eine Steigerung von 5,8 % (+ 46 Millionen Euro) zu verzeichnen. Gleichzeitig hat sich die Strategie der letzten Jahre zur Bindung von Dauerkunden an den ÖPNV, insbesondere beim BärenTicket und beim YoungTicket auch im Jahre 2006 bewährt. Die Arbeiten zur Marktforschung in Bezug auf die Tarifstrukturreform werden z.Zt. planmäßig durchgeführt, so dass im Sommer-Sitzungsblock zu den Ergebnissen berichtet werden kann. Im April dieses Jahres wird das bundesweite Pilotprojekt zu einem HandyTicket auf SMS-Basis bei den VRR-Verkehrsunternehmen EVAG, Rheinbahn und WSW starten. Zur Richtlinie Vertrieb wird der VRR im nächsten Sitzungsblock eine mit den Unternehmen abgestimmte Version zum Beschluss vorlegen. In Bezug auf den Bereich Service und Sicherheit ist zu berichten, dass insbesondere das so genannte Etching (beschreiben von Fensterglas mit Flusssäure) sich in letzter Zeit zu einem ernstem Problem bei den Fahrgästen und beim Betriebspersonal entwickelt hat. Hier ist eine besondere Aufmerksamkeit und Sensibilisierung der Fahrgäste zur Vermeidung von Gesundheitsschäden von Nöten. Seit Februar 2007 ist das Fahrplanauskunftssystem des VRR auch für Kunden mit einem PDA verfügbar. Für die Mandats- und Entscheidungsträger sowie weitere Meinungsbildner im VRR haben sich die Informationsmedien Polit-Ticker, Newsletter Spectrum online und spectrum bewährt.

Herr Husmann nimmt auf **Nachfrage der Fraktion Bündnis90 /Die Grünen**, zur Novellierung des ÖPNV-Gesetzes NRW in ausgewählten Punkten Stellung. So bestehe mit der Reduzierung der Kooperationsräume

von heute 9 auf zukünftig 3 die Chance einer verbesserten und unbürokratischeren Bedarfsplanung von SPNV-Leistungen in NRW. In Bezug auf die Zusammenlegung von VRR und NVN bestehe schon heute eine enge Zusammenarbeit über die bestehenden Verkehrsverträge. Allerdings sei die Umsetzung eines angestrebten Tarifverbundes noch offen. Die allgemeine Verteilung der Finanzmittel (Betriebsmittel § 11) zwischen den bestehenden Kooperationsräumen wird nach Meinung des VRR nicht sachgerecht vorgenommen, so dass an dieser Stelle weiterhin Veränderungsbedarf aus Sicht des VRR bestehe. Bei der Ausgestaltung des Landesnetzes und der Festlegung der Zuständigkeit der Zweckverbände als Bewilligungsbehörde besteht noch Klärungsbedarf.

Die **SPD-Fraktion** merkt an, dass bei der zukünftigen Darstellung der Einnahmeentwicklung als Teil des Sachstandsberichtes des VRR die Sondereffekte (z.B. WM 2006) gesondert dargestellt werden sollen. Hierdurch ließe sich eine transparente Beurteilung der Einnahmeentwicklung, ohne die ansonsten überlagernden Einflüsse von externen Effekten, vornehmen. Weiterhin bittet die **SPD-Fraktion** den VRR die bestehende Praxis in Bezug auf das Verfahren der DB bei der Erhebung von Erhöhtem Beförderungsentgelt (EBE) im Zusammenhang mit gestörten Erntwertern und Ticketautomaten zu überprüfen. Bei dem z.Zt. angewendeten Verfahren hat sich gezeigt, dass die Aufnahme der Daten des Kunden im Zug als allgemein diskriminierend empfunden wird. Hier sollte die Unschuldsvermutung an erster Stelle stehen. Ein entsprechender Abgleich über die Ursache der Störung vor Einleitung eines EBE-Verfahrens sollte vorgenommen werden.

Der Ausschuss für Tarif- und Marketing der VRR AöR nimmt den Sachstandsbericht des VRR gemäß Drucksache-Nr. Z/VII/2007/0091 zur Kenntnis.

Der VRR wird beauftragt, die bestehende Praxis der DB zur Erhebung von Erhöhtem Beförderungsentgelt im Zusammenhang mit gestörten Erntwertern und Ticketautomaten zu überprüfen und hier eine Regelung im Rahmen der Vertriebsrichtlinie erarbeiten.

3. Preisanpassung zum 01. August 2007

Vorlage: M/VII/2007/0092

Herr Mosblech verweist auf die Tischvorlage des VRR (Drucksache-Nr. M/VII/2007/0092/1) zur Möglichkeit der Kompensierung gekürzter Regionalisierungsmittel mit einer Preisanpassung im NRW-Tarif zum 1. Januar 2008.

Herr Dr. Vorgang berichtet, dass die weiteren Fragen zur Preisanpassung zum 1. August 2007 auf der Klausurtagung der Fraktionen am 23. und 24. März 2007 besprochen werden.

Die **Fraktion Bündnis90 / Die Grünen** bemerken, dass die nun zum 1. August 2007 anstehende Preisanpassung die dritte Preisanpassung inner-

halb von 1 1/2 Jahren bedeute (1. Januar 2006, 1. August 2006 und 1. August 2007). Die nun anstehende Preisanpassung hat als Hintergrund wiederum eine Kürzung öffentlicher Gelder für den ÖPNV bzw. SPNV und eine daraus resultierende Sanierung der Haushalte im Land NRW und im Bund. Betroffen von diesen Kürzungen sind stets die Bürger, die den ÖPNV bzw. SPNV nutzen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Aufgabe des ÖPNV bzw. SPNV zur Daseinsvorsorge. In diesem Zusammenhang appelliert die Fraktion Bündnis90 / Die Grünen an die Fraktionen der SPD und CDU auf die Entscheidungsträger hinzuwirken, Umschichtungen in ihren Haushalten zur Aufrechterhaltung des ÖPNV- bzw. SPNV-Systems vorzunehmen. Vorsorglich weist die Fraktion der Bündnis90 / Die Grünen darauf hin, dass sie einer Preisanpassung zum 1. August 2007 nicht zustimmen wird.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass mit einer Preisanpassung die bestehenden Kürzungen nicht aufgefangen werden können. Mit der Preisanpassung zum 1. August 2007 wird darum vor allem das Ziel verfolgt, einen Beitrag zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades der Verkehrsunternehmen zu leisten und so einen weiteren Anstieg des Defizitenausgleiches bei den Verkehrsunternehmen durch die Eigentümer zu vermeiden. Die Haushalte der Kommunen sollen somit eine Entlastung erfahren.

Der Ausschuss für Tarif- und Marketing der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat einstimmig die vorgeschlagenen Maßnahmen des VRR gemäß Drucksache-Nr. M/VII/2007/0092 und gemäß Drucksache-Nr. M/VII/2007/0092/1 zuzustimmen. Weitere tarifstrategische Diskussionen werden auf der Klausurtagung am 23. und 24. April geführt.

4. Tarifangelegenheiten
Vorlage: M/VII/2007/0093

Der Ausschuss für Tarif- und Marketing der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat einstimmig die vorgeschlagenen Tarifmaßnahmen des VRR gemäß Drucksache-Nr. M/VII/2007/0093 zuzustimmen.

5. Anfragen und Mitteilungen
Keine